

Vortrag an den Ministerrat

Das vergangene Jahr war für Österreich herausfordernd. Der russische Krieg gegen die Ukraine ist auch ein Krieg gegen unsere Demokratie und Freiheit und hat in ganz Europa zu massiven Verwerfungen geführt.

Unsere Energieversorgung steht unter großem Druck. Wir müssen russische Gasimporte ersetzen und möglichst schnell erneuerbare Energieträger ausbauen. Auch die Klimakrise zeigt uns gerade in diesem Jänner was uns erwartet, wenn wir nicht handeln: Rekordhitze im Jänner, ausbleibender Schneefall und Trockenheit.

Sichere unabhängige Energie für Österreich und Bodenschutz

Aus diesem Grund hat die Bundesregierung auf der Regierungsklausur beschlossen, dass die Energiewende durch effizientere Verfahren und Vorhaben nach dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVP-G) deutlich beschleunigt werden sollen und dadurch die Standortattraktivität Österreichs gestärkt werden soll.

1.) Fast Track für erneuerbare Kraftwerke

- Im Verfahren hat die Energiewende ein besonderes öffentliches Interesse. Dadurch kommt diesem Aspekt in der Prüfung hohe Bedeutung zu und Blanko-Beschwerden haben in diesem Fall nicht mehr automatisch aufschiebende Wirkung.
- Doppelprüfungen im Verfahren werden vermieden und die Verfahren werden besser strukturiert. Damit wird es für alle Beteiligten einfacher, das Verfahren effizient abzuwickeln.

- Windkraft ist die Energiequelle, die uns auch in den niederschlagsarmen Wintermonaten versorgt. Darum wird deren Ausbau immer wichtiger und wird zukünftig auch ermöglicht, falls Bundesländer Energieraumplanung verabsäumen.

2.) Bodenschutz

Darüber hinaus bringt die UVP-G Novelle wichtige Verbesserungen im Bereich Bodenschutz. Denn der Schutz von unversiegelten Flächen ist eine der großen Herausforderungen im Umweltschutz. In Österreich ist die tägliche Flächeninanspruchnahme mit ca. 10 ha zu hoch. Damit verschwinden nicht nur wertvolle Grünflächen, sondern im Falle von Versiegelungen auch Versickerungsflächen als Schutz vor Hochwasserereignissen. Aber vor allem dienen uns die noch vorhandenen Grünflächen der Lebensmittelproduktion als Naherholungsgebiete und Lebensraum für uns Menschen, Tiere und Pflanzen.

Darum wird ab sofort bei Großprojekten die möglichst geringe Versiegelung in den Fokus gerückt und es werden Anreize geschaffen, Industriebrachen nachzunutzen. Dies geschieht am besten bereits in der Planungsphase von Projekten, weshalb zukünftig ein Bodenschutzkonzept zu erstellen ist, das darlegt, wie die Versiegelung möglichst gering gehalten und der Boden geschützt wird.

Zudem werden Schwellenwerte für besonders flächenintensive Vorhaben erstmals geschaffen bzw abgesenkt.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen und die Regierungsvorlage dem Nationalrat übermitteln.

11. Jänner 2023

Leonore Gewessler, BA
Bundesministerin